

: Wie rechte Gruppen demokratische Normen aushöhlen

Die ideologische Legitimation von Hass und Gewalt und was dagegen hilft

PROF. DR. EVA WALTHER

Natürlich gibt es zu allen Zeiten ein Lamento darüber, dass die Zeiten verrohen, die Jugend nicht mehr so ist, wie sie sein sollte, und alles immer schlimmer wird. Um diesem nörgelnden Pessimismus besonders deutscher Prägung etwas entgegenzusetzen, lohnt sich der Blick auf die empirische Forschung, die prüft, ob tatsächlich eine Verrohung stattfindet und wie diese aussieht. Dazu ist es wichtig, einen Blick auf die gesellschaftlichen Normen zu werfen, denn Verrohung ist immer eine Abweichung von einer existierenden gesellschaftlichen Norm.

Tatsächlich wird beobachtet, dass sich die Norm des Sagbaren durch den Einfluss rechtsradikaler Gruppen und Parteien immer weiter verschiebt. Damit ist nicht nur das Zitat des „Vogelschiss in der Geschichte“ von Alexander Gauland gemeint, sondern auch ein feindseliges kommunikatives Hintergrundrauschen, das dazu dient, andere Parteien zu diskreditieren. Damit bedient sich die Neue Rechte bei dem italienischen Kommunisten Antonio Gramsci, der den Begriff der kulturellen Hegemonie dafür prägte, dass sich eine bestimmte Gruppe ideologisch in allen Gesellschaftsgruppen ausbreitet. Dies zeigte sich beispielsweise während der Bauernproteste gegen die teilweise Rücknahme von Dieselsubventionen zu Beginn dieses Jahres. Es wurden Bilder veröffentlicht, die eine Ampel am Galgen zeigen.

Die Anzahl derartiger Grenzüberschreitungen scheint tatsächlich zuzunehmen. Besonders Mitglieder der Grünen und der anderen Ampel-Parteien sowie Menschen des öffentlichen Lebens erleben immer häufiger aggressive Anfeindungen, im Internet und real. Gesellschaftlich ist es von zentraler Bedeutung, diese Anfeindungen zu ahnden und strafrechtlich zu verfolgen. Denn es ist eine Gefahr für die Demokratie, wenn Angriffe auf die Menschenwürde und auf demokratische Werte nicht sanktioniert werden, weil dann der Eindruck entsteht, dass solche Überschreitungen moralisch von der Mehrheit geduldet oder gar honoriert werden. Dies wiederum bestärkt weitere demokratiefeindliche Aktionen. Zudem gilt das kontinuierliche Verletzen demokratischer Normen und dessen Duldung als Hauptursache für den Niedergang von Demokratien, wie Levitsky und Ziblatt 2018 in „Wie Demokratien sterben“ festhalten.

Thematische versus affektive Polarisierung

Während die Klimaaktivist_innen zum Teil physischen Angriffen ausgesetzt sind, weil sie sich für ein Tempolimit und den Ausbau des ÖPNV einsetzen, rollen die Traktoren der Bauern, die gegen die Reduktion der Agrardiesel-Subventionen demonstrieren, oft unter Beifall durch deutsche Straßen.





„...es ist eine Gefahr für die Demokratie, wenn Angriffe auf die Menschenwürde und auf demokratische Werte nicht sanktioniert werden, weil dann der Eindruck entsteht, dass solche Überschreitungen moralisch von der Mehrheit geduldet oder gar honoriert werden.“

Diese Beispiele suggerieren, dass Deutschland in vielen inhaltlichen Fragen gespalten ist, dass es also eine ausgedehnte thematische Polarisierung in Deutschland gibt. Neuere Untersuchungen wie die Studie „Polarisierung in Deutschland“ von Herold, Joachim, Otteni und Vorländer aus dem Jahr 2023 unterstützen diese These jedoch nur bedingt.

Was hingegen zunimmt, ist die affektive Polarisierung, also die Abneigung gegen Personen, die eine abweichende politische Einstellung vertreten. Während sich die thematische Polarisierung also auf einen inhaltlichen Dissens z. B. zu Klimamaßnahmen bezieht, ist affektive Polarisierung eine emotionale Abneigung gegen Personen mit anderer politischer Meinung. In den USA geht der Hass auf den politischen Gegner sogar über den Hass auf Mitglieder anderer ethnischer Gruppen hinaus.

In Deutschland lässt sich die stärkste affektive Polarisierung bei den Themen Klima und Migration beobachten. Beim Thema Migration sind sowohl sich selbst als rechts positionierende Menschen als auch die AfD stärker polarisiert als alle anderen Gruppen, wie Herold et. al nachweisen konnten. Zudem wächst die affektive Polarisierung bei der Gründung neuer Parteien. Die Gründungen der Parteien Bündnis Sahra Wagenknecht und WerteUnion lassen also eine weiter zunehmende Polarisierung erwarten.

Ungleichheit als Triebfeder

Was sind die Ursachen der affektiven Polarisierung? Zum einen steigt das Konfliktpotential in einer Gesellschaft mit dem Ausmaß an Ungleichheit, denn Ungleichheit führt zu vermehrten Ängsten, den eigenen Status zu verlieren, wie Wilkinson und Pickett 2010 in einer ländervergleichenden Studie herausgefunden haben. Jedoch geht es bei ideologischen Auseinandersetzungen immer darum, welche Narrative zur Legitimation von Ungleichheit die Tiefener-

zählung der Ideologie bilden, also wie sich Menschen in einer Gesellschaft die Ungleichheit erklären.

Beispielsweise ist die Tiefenerzählung rechtsextremer Parteien geleitet von einem sozialdarwinistischen Gesellschaftsbild, so Rothmund und Walther in ihrem aktuellen Buch „Die Psychologie der Rechtsradikalisierung“. Im Gegensatz zur Idee einer Solidaritätsgemeinschaft kämpft hier jeder gegen jeden nach dem Recht des Stärkeren. Staatliche Regulierungen werden abgelehnt, genauso wie die Förderungen von Chancengerechtigkeit.

Auf Intergruppenebene offenbart sich Sozialdarwinismus als Ethnozentrismus. Die Interessen der eigenen ethnischen Gruppe werden über die Interessen anderer Gruppen gestellt, mit denen sich die eigene Gruppe in einem fortwährenden Konflikt um Ressourcen sieht. Der Kampf gegen andere politische Gruppen ist folglich inhärenter Teil der politischen Agenda.

Tatsächlich geht die Schere zwischen Arm und Reich auch in Deutschland immer weiter auseinander. Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut betroffen. Gleichzeitig steigt die Anzahl der Einkommensmillionär_innen laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2019. Werden zentrale menschliche Bedürfnisse durch ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen scheinbar oder real nicht mehr befriedigt, steigert dies die Aggression gegen die, die es anscheinend besser haben, wie unsere eigenen Studien zeigen (Kassab, Iseman, Halbeisen, Walther 2021).

Allerdings ist nicht das objektive Ausmaß an Ungleichheit entscheidend, sondern das Gefühl, im Vergleich zu anderen ungerechtfertigt benachteiligt zu sein. Damit ist das Gefühl von Unzufriedenheit durch politische Akteure und Propaganda beeinflussbar, die gezielt Abstiegsängste und Unzufriedenheit schüren. Da Unzufriedenheit mit Wut einhergeht, lässt sich diese Emotion gezielt auf Sündenböcke wie politische Eliten oder Geflüchtete lenken.



Verschobene Normen und Entmenschlichung

Damit aus Wut aggressive Handlungen werden, müssen aber einige Randbedingungen erfüllt sein. Denn im Prinzip haben alle Menschen das Bedürfnis, sich moralisch korrekt zu verhalten. Im Mittelpunkt der Frage, wie Unzufriedenheit in gruppenübergreifende Aggression umschlägt, steht zum einen die Frage nach der Legitimität, d. h. die Frage, wie Aggression gegenüber dem_der politischen Gegner_in gerechtfertigt werden kann. Moralische Normen werden im politischen Kontext meist nicht einfach außer Kraft gesetzt. Vielmehr geht es darum, a) welche Normen gelten und b) ob diese Normen auf den_die politische_n Gegner_in angewendet werden können.

Strategische rechtsextreme Kommunikation dient beiden Aspekten. Sie verschiebt einerseits die Norm dessen, was als angemessenes Verhalten angesehen wird (z. B. die Ampel am Galgen). Normen verschieben sich durch einen aggressiven Sprachstil, der durch Eskalations- und Provokationselemente weiterverbreitet wird. Darüber hinaus wird der_die politische Gegner_in entmenschlicht, um Abweichungen von der bereits verschobenen Gruppennorm zu legitimieren. Die sprachliche Entmenschlichung ist also eine zentrale Voraussetzung zur Legitimation von Gewalt.

Insbesondere soziale Netzwerke ermöglichen die Verbreitung von Hass an ein breites Publikum, da hier die Realitätsbindung eher gering ist. Die Online-Landschaft bietet einen offenen Raum, in dem Aggression gegen den politischen Gegner weitgehend unbestraft bleibt. Die Billigung von Hassreden durch Liken, Kommentieren und Teilen unterstützt den Eindruck, dass sich alle einig sind und den Hassreden zustimmen.

Zum anderen erscheint Gewalt normativ dann gerechtfertigt, wenn sie als Akt der Selbstverteidigung ideologisch eingerahmt (geframt) wird. Die in der rechtsradikalen Szene weit verbreitete Verschwörungserzählung vom „großen Austausch“ der weißen Bevölkerung durch Migrant_innen

liefert einen solchen ideologischen Rahmen und lässt die Aggression gegen Geflüchtete als heroischen Akt zur Rettung des Abendlandes erscheinen.

Verantwortung auf zivilgesellschaftlicher und politischer Ebene

Was kann nun getan werden, um der affektiven Polarisierung zu begegnen? Auf der Symptomebene ist es wichtig klarzustellen, wo moralische Grenzlinien verlaufen, und Übertretungen entsprechend zu ahnden, im Internet und real. Es braucht also starke Signale, wofür die Mehrheit der Gesellschaft steht. Die Massendemonstrationen im Kontext der Deportationsfantasien aus dem rechten Lager waren solch ein starkes Signal für Demokratie und Menschenwürde.

Gleichzeitig müssen die Ursachen der Polarisierung von der Politik aufgenommen und in reale Politik verwandelt werden. Politik muss die Bedürfnisse und Ängste der Menschen aufgreifen. Die Einführung des Klimageldes, das die Belastungen der ökologischen Transformation für ärmere Schichten erträglicher und damit akzeptabler macht, wäre ein Anfang. Grundsätzlich müssten jedoch die Ursachen von Ungleichheit in Angriff genommen werden, um rechten Populist_innen den Boden zu entziehen. Dies könnten einerseits Maßnahmen zur Reduzierung der Ungleichheit der Kapitaleinkommen und der Vermögenskonzentration und gleichzeitig Maßnahmen zur Reduktion von Ungleichheiten der Erwerbseinkommen sein. Vorschläge für diese Maßnahmen gibt es zuhauf, sie müssten nur umgesetzt werden.

PROF. DR. EVA WALTHER

ist Professorin für Sozialpsychologie an der Universität Trier.

walther@uni-trier.de